



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	6
4.	Türkische Zyprioten	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen	11

1. Zypernfrage

Am 10. Mai trafen sich der zypriotische Außenminister Ioannis Kasoulides und sein amerikanischer Amtskollege John Kerry in Washington. Die US Außenpolitik zeichnet sich in letzter Zeit durch eine Reihe proaktiver Maßnahmen im östlichen Mittelmeer aus. Kerry besuchte die Region dreimal in den vergangenen zwei Monaten und zeigte ein ernsthaftes Interesse an der Lösung regionaler Konflikte.

Während des Treffens wies Kerry darauf hin, dass die Wirtschaftskrise der griechischen Zyprioten eine Möglichkeit zur Beendigung des festgefahrenen Konflikts bieten könne. Des Weiteren könnten die Gasvorkommen in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns Teil einer möglichen Lösung sein. Kasoulides betonte jedoch, dass die Wirtschaftskrise, die Gasvorkommen und eine Lösung der Zypernfrage drei separate Themen seien, die allerdings gleichzeitig behandelt werden könnten. Kerry unterstrich die Unterstützung der USA für eine bizonale und bikommunale Föderation.

Während der Gespräche mit Kerry stand u.a. die Rückgabe des abgezaunten Gebietes von Famagusta an die rechtmäßigen Eigentümer als vertrauensbildende Maßnahme im Mittelpunkt. Im Gegenzug könnte der Hafen von Famagusta für die türkischen Zyprioten für den direkten Güterverkehr unter Aufsicht der EU geöffnet werden, während die Republik Zypern möglicherweise die Blockade einiger Kapitel bei den EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufheben könnte. Umstritten ist die von türkischer Seite geforderte Öffnung des Flughafens

Tymbou/Ercan. Im Gegenzug würde die Türkei ihrerseits ihre Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge der Republik Zypern öffnen. Damit könnten dann acht von der EU bislang blockiert Beitrittskapitel verhandelt werden, die aufgrund der Weigerung der Türkei ihrer vertraglichen Verpflichtung zu deren Öffnung im Rahmen der Zollunion nachkommen, bislang geschlossen blieben.

Kasoulides traf in New York auch den UN Generalsekretär Ban Ki-moon, den er im Namen von Präsident Anastasiades darüber informierte, dass letzterer nicht an die in den laufenden Verhandlungen erzielten Vereinbarungen seines Vorgängers in der Zypernfrage gebunden sei. Der Minister betonte auch die Notwendigkeit, das Vertrauen zwischen beiden Volksgruppen zu stärken und die Wiederaufnahme der Gespräche auf den Herbst zu verschieben, damit sich die neue Regierung auf die Wirtschaftskrise konzentrieren könne, was bei Ban Ki-moon auf großes Verständnis stieß.

In der Zwischenzeit zwangen zwei Ereignisse Präsident Anastasiades dazu, am 17. Mai einen Brief an den UN Generalsekretär zu schicken, in dem er den UN Sonderbeauftragten Alexander Downer und sein Team beschuldigte, die Glaubwürdigkeit des Präsidenten und die Aussichten auf eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu mindern.

Der Brief bezog sich zum einen auf ein 77 Seiten langes, an die Presse gelangtes Dokument, das jene Punkte auflistet, bei denen während der Gespräche zwischen beiden Bevölkerungsgruppen von 2008 bis 2012 eine Einigung stattgefunden

den hatte. Das Dokument wird von den meisten griechisch-zypriotischen Parteien als ein Versuch gewertet, die griechischen Zyprioten auf inakzeptable Kompromisse festzulegen. Das zweite Ereignis war eine Einladung des UN Sonderbeauftragten zu einem Abendessen mit dem türkisch-zypriotischen Repräsentanten Dervis Eroglu und Präsident Nicos Anastasiades, das ursprünglich für den 29. Mai geplant war, dann aber auf den 30. Mai verschoben wurde. Anastasiades wollte nur an dem Abendessen teilnehmen, wenn Ban Ki-moon persönlich garantieren könne, dass es sich um ein gesellschaftliches Ereignis und nicht um ein politisches Treffen handle. Die aggressive Haltung von Anastasiades wurde in der Presse damit erklärt, dass er seinen nationalistischen Koalitionspartner DIKO beschwichtigen wolle, der Alexander Downer seit langem als Persona non grata betrachtet und seine Abberufung fordert. Das Abendessen fand schließlich in der Residenz der UN Sonderbeauftragten Lisa Buttenheim statt. In einem kurzen Statement betonte Downer, dass beide Seiten ein starkes Interesse an dem Friedensprozess und einer für beide Seiten akzeptablen Lösung gezeigt hätten. Um den gesellschaftlichen Charakter des Abendessens zu unterstreichen, nahmen auch die Ehepartner teil.

Die politischen Entwicklungen in der ‚TRNZ‘¹ werden zu vorgezogenen Wahlen im Juli führen,

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervis Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da

was wiederum die Bemühungen zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen beeinflussen könnte. In der Zwischenzeit wurde der türkische Minister für EU Angelegenheiten, Egemen Bagis, in den türkisch-zypriotischen Medien dahingehend zitiert, dass Ankara bereit sei, einer von beiden Seiten vereinbarten Lösung zuzustimmen, solange sie auf der Grundlage der politischen Gleichheit beider Bevölkerungsgruppen basiere.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte lehnte einen Antrag der griechisch-zypriotischen Anwältin Eleni Meleagrou und ihrer Familie ab. Der Gerichtshof sollte die Richtigkeit der Entscheidung der Kommission für unbewegliches Eigentum (Immovable Property Commission – IPC) prüfen, die eine Rückgabe des Elternhauses oder anderweitigen Eigentums in Zodia im Norden der Insel abgelehnt hatte. Stattdessen bestätigte der Gerichtshof die beiden von der IPC vorgeschlagenen Lösungen in Form einer Entschädigung oder eines Besitzaustausches.

Nach 1974 hatte das zypriotische Katasteramt die Eigentumsrechte des auf die Firma der Familie registrierten Besitzes auf die Mutter von Eleni Meleagrou, Evie Meleagrou, übertragen. Die IPC erkannte die Übertragung und die damit verbundenen Besitzansprüche nicht an. Dies

die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

bedeutet, dass bei Eigentumsfragen im Norden letztendlich das türkische Recht maßgebend ist.

Als Folge der Entscheidung im Fall Demopoulos im Jahr 2010 bestätigte der Gerichtshof die IPC als eine legitime Institution und notwendige erste Instanz zur Klärung von griechisch-zypriotischen Eigentumsfragen im Norden. Bis zum 2. Mai 2013 wurden 4.864 Anträge bei der IPC eingereicht. Die meisten der 367 geklärten Fälle wurden mit einer Abfindung abgeschlossen. Nur eine Handvoll dieser Fälle wurde mit Hilfe einer Rückgabe und noch weniger durch einen Landtausch beendet.

Die Anzahl der Menschen und Güter, die die Grüne Linie überschritten, nahm 2012 im Vergleich zum Vorjahr bedeutend ab. Die entsprechenden Daten wurden von der Europäischen Kommission am 24. Mai veröffentlicht. Im Vergleich zu 2011 ging die Anzahl der Übergänge von griechischen Zyprioten von 621.406 auf 481.732 im Jahr 2012 zurück. Des Weiteren nahm die Anzahl der Übergänge griechisch-zypriotischer Kraftfahrzeuge von 200.877 im Jahr 2011 auf 154.778 im Jahr 2012 ab. Die Anzahl der türkischen Zyprioten, die die verschiedenen Übergänge passierten, nahm von 937.789 im Jahr 2011 auf 850.362 im Jahr 2012 ab, die von türkisch-zypriotischen Kraftfahrzeugen ging von 348.225 im Jahr 2011 auf 280.358 im Jahr 2012 zurück. Das Handelsvolumen war 2012 um das Dreifache niedriger als im Vorjahr, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Republik Zypern den Kauf von Strom aus der ‚TRNZ‘ im März 2012 einstellte. Die Republik Zypern musste nach der Explosion des

Kraftwerks in Mari Strom aus dem Norden erwerben.

2. Gasvorkommen

Im Mai reiste Präsident Anastasiades für einen dreitägigen offiziellen Besuch nach Israel. Er wurde von Wirtschaftsminister Giorgos Lakkotrypis und Regierungssprecher Christos Stylianides begleitet. Der Besuch fand inmitten von Spekulationen statt, ob die verbesserten türkisch-israelischen Beziehungen aufgrund der Entschuldigung des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu für die Ereignisse auf der Mavi Marmara die zypriotisch-israelischen Beziehungen und die Pläne für eine enge Zusammenarbeit im Energiesektor negativ beeinflussen könnten.

Die beiden Staatsmänner trafen sich am 5. Mai und diskutierten eine Reihe von Punkten wie die Zusammenarbeit im Energiebereich, ausstehende Vereinbarungen in den Bereichen Gesundheit, Forschung und Entwicklung, Technologie, Kultur, Terrorismusbekämpfung und organisierte Kriminalität. Sie berieten auch die aktuelle Entwicklung in der Region und im Besonderen die Situation in Syrien.

Anastasiades beschrieb den Besuch in Israel als "den Beginn einer neuen Ära bilateraler Beziehungen" und zeigte sich zufrieden über Netanyahus Bekräftigung, dass die türkisch-israelische Annäherung die Beziehungen Israels zu Zypern nicht gefährden werde. Was die Zusammenarbeit im Energiesektor betrifft, wurden keine bindenden Vereinbarungen geschlos-

sen oder Verpflichtungen eingegangen und dies trotz des Vorschlags aus Nicosia, dass beide Länder bei der Gasförderung mit Hilfe einer vielfach diskutierten Gasverflüssigungsanlage auf der Insel zusammenarbeiten könnten.

Nicosia möchte mit Tel Aviv auch Abkommen zur Energiesicherheit und –nutzung schließen, um somit die grenzüberschreitende Gas- und Ölförderung zu ermöglichen. Aus diesem Grund besuchte der zypriotische Verteidigungsminister Fotis Fotiou im Vorfeld seinen israelischen Amtskollegen Moshe Ya'alom, um Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit der Offshore-Gasförderung beider Länder zu besprechen. Fotiou gab bekannt, dass die Regierung den Kauf zweier Patrouillenboote zur Überwachung der zypriotischen exklusiven Wirtschaftszone in Betracht ziehe. Am 7. Mai traf Präsident Anastasiades den israelischen Präsidenten Simon Peres und hielt eine Rede vor einem Wirtschaftsforum, das von der Föderation der israelischen Handelskammern und der zypriotischen Handelskammer veranstaltet wurde. Anastasiades versicherte seinen israelischen Zuhörern, dass Zypern auch weiterhin ein verlässlicher Partner für Unternehmer und Investoren aus Israel sein werde.

Zur Zeit prüft die Regierung den Vorschlag eines israelischen Joint Ventures, mögliche Gasreserven in Block 3 zur Produktion von Strom und dessen gewinnbringenden Verkauf zu nutzen. Das ursprüngliche Angebot des Joint Ventures für Block 3 wurde zugunsten des italienisch-koreanischen Konsortiums ENI-KOGAS abgelehnt.

Der Vorschlag bezieht sich auf den Bau eines Kraftwerks 65 km vor der Küste Zyperns. Der Strom könnte sowohl für den heimischen Gebrauch in Zypern produziert als auch mit Hilfe eines Unterwasserkabels nach Israel exportiert werden. Mit dem Verkauf von Strom nach Israel könnte 2015 oder 2016 begonnen werden in einem Umfang von zehn Millionen Euro pro BTU², während mit dem Export von Gas mit Hilfe einer Verflüssigungsanlage nicht vor 2020 oder 2021 gerechnet werden kann. Der Bau einer Anlage wird mit fünf Milliarden Euro veranschlagt und könnte mit Hilfe einer durch den israelischen Staat garantierten Abnahmevereinbarung finanziert werden.

Die US-amerikanische Firma Noble Energy kündigte am 27. Mai die Aufnahme von Probebohrungen im Aphrodite Gasfeld für Anfang Juni an. Die Testbohrungen sollen die Menge der geschätzten Gasvorkommen genauer bestimmen und deren Qualität bestimmen helfen. Sobald genaue Daten vorliegen, kann Zypern damit beginnen, langfristige Kunden für das Gas zu finden, was wiederum die Finanzierung eines Flüssiggas-Terminals ermöglichen würde. Die Regierung hat die Absicht, mit Noble Energy einen Vorvertrag über den Bau einer Verflüssigungsanlage zu unterzeichnen, indem ein Joint Venture zwischen der Cyprus National Hydrocarbons Company und Noble gegründet wird.

Das Kabinett ernannte am 8. Mai die Chemieingenieurin Eleni Vasileiadou zur Präsidentin des Gasunternehmens DEFA an Stelle

² BTU (Britisch Thermal Unit) ist eine Energieeinheit, die 1055 Joules entspricht.

von Costas Ioannou, dem vorgeworfen wird, im Jahr 2009, während seiner Amtszeit als Präsident der Regulierungsbehörde CERA Lizenzen an eine russische Firma zum Bau und zur Nutzung eines privaten Kraftwerks vergeben zu haben. Die russische Firma soll einen Verwandten Ioannous als Vermittler in diesem Geschäft eingeschaltet haben.

3. Griechische Zyprioten

Am 13. Mai trafen sich die Minister der Eurozone in Brüssel, wo sie auch das Bail-out Programm für Zypern und das Ergebnis einer Prüfung der Geldwäscheregelungen durch die Troika³ erörterten.

Der vierseitige Bericht fasst die Ergebnisse zweier Kontrollen von Kreditinstitutionen in Zypern zusammen. Die Prüfungen wurden von Moneyval (das Geldwäschekomitee des Europarats) und der italienischen Firma Deloitte durchgeführt und kamen zu dem Ergebnis, dass die zypriotischen Banken systematische Mängel bei der Anwendung von Anti-Geldwäsche Regulierungen (Anti-money laundering measures – AML) aufweisen. Dies wurde wiederum von der zypriotischen Zentralbank bestritten, da der Bericht weder auf die positiven Aspekte der zypriotischen AML Maßnahmen noch auf die sorgfältige Überprüfung ihrer Kunden durch die zypriotischen Banken eingehe. Die zypriotische Zentralbank beschuldigte die Troika, die Ergeb-

nisse in ihrem Bericht zu verzerren. Der Bericht sei keine Zusammenfassung der Informationen, sondern gebe lediglich die Eindrücke über die Schwächen des zypriotischen Bankensystems wieder. So sei in dem Bericht nicht erwähnt worden, dass Deloitte Zypern strengere Gesetze im Vergleich zu den EU Standards zuerkannte.

Die Eurogruppe stimmte trotzdem der Zahlung von drei Milliarden Euro an Zypern als Teil des zehn Milliarden Euro umfassenden Rettungsprogramms durch die Troika zu. Die Tranche wird in zwei Raten ausgezahlt. Die erste Rate über zwei Milliarden Euro wurde am 13. Mai überwiesen, während die zweite Rate von einer Milliarde Euro vor dem 30. Juni überwiesen werden soll. Beide Zahlungen werden in bar überwiesen und sollen zur Finanzierung des öffentlichen Sektors benutzt werden. Dies beinhaltet auch die im Juni anstehende Rückzahlung fälliger Schuldverpflichtungen durch die Regierung und die Deckung des inländischen Finanzbedarfs.

Der stellvertretende russische Finanzminister Sergei Storchak gab bekannt, dass Russland einer Verlängerung des 2,5 Milliarden Euro umfassenden Kredits an Zypern noch nicht zugestimmt habe, da mögliche Änderungen der Zustimmung durch das russische Parlament bedürften. Dies war eine Reaktion auf ein von der Troika zirkuliertes Schreiben, wonach Russland der Verlängerung des Kredits um zwei Jahre zugestimmt habe.

Die Kapitalverkehrskontrollen wurden am 17. Mai weiter gelockert. Der Wert bargeldloser Überweisungen innerhalb Zyperns pro

³ Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond.

Monat und Bank wurde von 10.000 Euro auf 15.000 Euro für natürliche Personen erhöht, während der Betrag für juristische Personen von 50.000 Euro auf 75.000 Euro erhöht wurde.

Die zypriotische Zentralbank wird in Bälde eine Firma benennen, die eine Bewertung der Vermögenswerte der Bank of Cyprus (BoC) bis Mitte Juli vornehmen wird, damit die Bank möglichst schnell aus der Zwangsverwaltung entlassen werden kann. Bei der damit beauftragten Firma wird es sich wohl um KPMG London handeln. Es muss festgelegt werden, wie viel der 22.5% eingefrorener ungesicherter Einlagen bei der BoC zur Rekapitalisierung der Bank benötigt werden. Die Bedingungen zur Auszahlung der im Rettungspaket der Troika vorgesehenen zehn Milliarden Euro sahen die Abwicklung der Laiki Bank und die Rekapitalisierung der BoC unter Zuhilfenahme der Einlagen über 100.000 Euro vor. Dadurch haben Anleger 37.5% ihrer Einlagen verloren im Tausch mit Anteilen an der BoC, die nun auch die Vermögenswerte der Laiki Bank übernommen hatte. Der griechische Banker Christos Soros wurde als vorläufiger Geschäftsführer der BoC eingesetzt. Die Berufung eines neuen Geschäftsführers wird als ein Schritt in Richtung einer Normalisierung der Bank gesehen.

Am 17. Mai verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das es im Rahmen des Rettungsplans der Troika den Genossenschaftsbanken erlaubt, selbstständig Kapital ohne staatliche Hilfe aufzunehmen. Die Genossenschaftsbanken sollen unter die Kontrolle der Zentralbank kommen, d.h. das Kapital zur Rekapitalisierung der

Genossenschaftsbanken wird von den zehn Milliarden Euro des Rettungspaketes stammen.

Die Regierung stellte drei Programme zur Schaffung von 8.000 Arbeitsplätzen vor, da Zypern Eurostat zufolge die höchste Arbeitslosenrate der letzten drei Jahrzehnte aufweist. Die Zahl erhöhte sich im April im Vergleich zum Vorjahr von 11.2% auf 15.6%. Insgesamt 45.000 Menschen, 33.500 davon Zyprioten, wurden im April als arbeitslos registriert. Die Programme sollen sich auf 30 Millionen Euro belaufen und z.T. von der EU finanziert werden. Erzbischof Chrysostomos sagte ebenfalls zu, mehrere Tausend Arbeitsplätze zu schaffen, indem die Kirche verschiedene Projekte finanzieren will, wie ein 60 – 70 Millionen Euro teures Hotel in Pafos, ein 75 MW umfassender Solarpark außerhalb Nicosias, in den die Kirche 100 Millionen Euro investieren möchte und ein 75 MW umfassendes privates Kraftwerk, das in Zusammenarbeit mit russischen und israelischen Partnern gebaut werden soll.

Um neue Investitionen in Zypern zu fördern, schloss Zypern mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Darlehensvertrag über 100 Millionen Euro ab. Damit sollen verschiedene Projekte im Rahmen des nationalen strategischen Referenzrahmenplans für den Zeitraum von 2007 bis 2013 finanziert werden. Ein erstes Darlehen in Höhe von 200 Millionen Euro wurde 2012 gewährt. Der Präsident der EIB, Werner Hoyer, schloss die Möglichkeit einer Teilfinanzierung des LNG Terminals nicht aus.

Um Kosten zu senken, will die Regierung in den nächsten drei Jahren Budgetkürzungen von einer Milliarde Euro vornehmen. Dies entspricht einer Reduzierung von 10.9%, d.h. von 6.3 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 5.5 Milliarden Euro im Jahr 2014. Von den Kürzungen werden alle Ministerien und Abteilungen betroffen sein, verbunden mit der Hoffnung, dass die Regierung im Jahr 2016 einen Überschuss erwirtschaftet. Für 2015 wird ein Wachstum von 1.1% vorausgesagt, für 2016 1.9%. Die Arbeitslosenquote soll 2013 15.5% und 2014 16.9% erreichen, bevor sie auf 14.6% im Jahr 2015 bzw. auf 13.7% im Jahr 2016 fällt.

Das chinesische Unternehmen *China Glory National Investment* plant 1,5 Milliarden Euro in das Venus Rock Golf Resort in Ha Potami bei Pafos zu investieren. Dies beinhaltet auch die Übernahme der Anteile des zypriotischen Bauunternehmens Aristo Developers and Venus Rock Estates Ltd im Wert von 290 Millionen Euro. Das Bauprojekt umfasst zwei Golfanlagen, ein fünf-Sterne Hotel, zwei Sportanlagen, Einkaufszentren und Freizeitanlagen sowie Luxusvillen. Durch dieses Projekt erwartet der Staat bedeutende Einnahmen in Form direkter und indirekter Steuern, aber auch, dass dies ein Anreiz für weitere ausländische Direktinvestitionen sein könnte. Dies ist Teil einer vor allem in Pafos stattfindenden Entwicklung, wo in dem Zeitraum von August bis Oktober letzten Jahres mehr als 600 Immobilien an chinesische Kunden verkauft wurden. Viele der 1.4 Millionen chinesischen Millionäre haben die Absicht, ihre Kinder an Universitäten außerhalb Chinas zu schicken, was auf mehr Immobilienverkäufe auf Zypern hoffen lässt.

Dies geht Hand in Hand mit den Plänen der Regierung, mehr Ausländern den Erwerb der zypriotischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Es gibt fünf Optionen zur Erlangung der zypriotischen Staatsbürgerschaft. Erstens gibt es die Möglichkeit zwei Millionen Euro bei der zypriotischen Staatskasse zu deponieren, um Anteile oder Staatsanleihen der unter staatlicher Kontrolle stehenden Investitionsgesellschaft zu erwerben, des Weiteren können dem staatlichen Forschungs- und Technologiefonds 0.5 Millionen Euro gespendet werden. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich aus Investitionen von wenigstens fünf Millionen Euro in den Kauf von Immobilien (Häuser, Büros, Geschäfte usw.) mit der Absicht, diese zu nutzen. Außerdem können Firmen erworben werden, die in Zypern gegründet wurden und wirtschaftlich tätig sind oder es können Anteile an in Zypern registrierten Firmen erworben werden. Die vierte Option ist die Investition von Schenkungen an den Staat von mindestens 5 Millionen Euro. Die letzte Möglichkeit bezieht sich auf die wirtschaftlichen Aktivitäten des Antragstellers innerhalb der letzten drei Jahre und dessen Beiträge und Investitionen. Das bedeutet, dass der Antragsteller die letzten drei Jahre vor dem Einbürgerungsantrag entweder Anteilseigner oder Nutznießer einer Firma sein muss und jährliche Abgaben in Höhe von 500.000 Euro für Dienstleistungen erbringen musste. Wenn der Antragsteller mindestens fünf Zyprioten beschäftigt, werden die Abgaben auf jährlich 350.000 Euro reduziert, wenn er zehn Zyprioten beschäftigt beträgt die Summe jährlich 200.000 Euro. Sollte ein Antragsteller Einlagen bei der BoC oder Laiki Bank gehabt und durch den

Schuldenschnitt einen Verlust von wenigstens drei Millionen Euro nach dem 15. März erlitten haben, dann hätte er auch einen Anspruch auf Einbürgerung. Sollte der Verlust unterhalb diesen Betrages liegen, ist eine Kombination mit einer der anderen Optionen möglich.

Zyperns staatliche Fluggesellschaft steht kurz vor dem Bankrott. Ein Umstrukturierungsplan von France-KLM schlägt die Entlassung von 490 der insgesamt 1,040 Angestellten, allgemeine Gehaltskürzungen und eine Verkleinerung der Flotte um vier auf sechs Flugzeuge vor. Des Weiteren soll die Fluglinie im Einklang mit EU Richtlinien privatisiert werden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt waren die Gespräche mit möglichen Investoren ergebnislos.

4. Türkische Zyprioten

Die Frage nach der strategischen Bedeutung der Gasvorkommen wurde im Mai zusehends wichtiger. Der türkische Energieminister Taner Yildiz ist der Meinung, dass es für Israel und die Republik Zypern besser sei, das Gas mit Hilfe einer Pipeline durch die Türkei zu exportieren als mit einer Verflüssigungsanlage in Zypern, deren Bau relativ hohe Kosten verursache.

In der Zwischenzeit gehen die Arbeiten an der Wasserpipeline, die von der Südküste der Türkei nach Morfou führen soll, weiter. Nach der Fertigstellung des Staudammes trat das Projekt nun mit dem Bau des komplexen Röhrensystems unter Wasser in eine wichtige zweite Phase. Das Projekt soll bis März 2014 beendet sein.

In den Medien wurde spekuliert, dass die Zahl der Anträge bei der IPC (s.o.) als Folge der Wirtschaftskrise im Süden zunehmen werde. Es wurde von mehr als 2.500 Anträgen für Kompensation (oder Tausch und begrenzte Wiedereinsetzung) berichtet, die bei der IPC eingegangen seien.

Sowohl die internationale als auch die ökonomische Isolation der türkisch-zypriotischen Bevölkerungsgruppe war zentrales Thema bei einer Reihe von Feiern zum Europatag am 9. Mai. Während einer Veranstaltung der türkisch-zypriotischen Handelskammer (TCCC) erinnerte Präsident Dervis Eroglu die internationale Gemeinschaft und EU Vertreter an die Reihe von Zusagen bezüglich der Aufhebung der wirtschaftlichen Isolierung der türkischen Zyprioten. Vor allem auf Grund des griechisch-zypriotischen Vetos konnte eine Verordnung zum Direkthandel nie umgesetzt werden. Eroglus Kritik wurde in einem Beschwerdebrief der TCCC an die Europäische Kommission aufgenommen. Premierminister Irsen Küçük betonte seinerseits die Bemühungen seiner Regierung, die Rechtsvorschriften und Praktiken mit dem *Acquis communautaire* der EU in Einklang zu bringen. Die EU, hingegen, unterstützt die türkisch-zypriotische Bevölkerung weiterhin, wie z.B. mit dem im Mai von der EU finanziell geförderten Seminar des ‚Programms für nachhaltige Energieentwicklung und Informationssysteme‘ in der Region Karpaz.

Trotz andauernder Hindernisse auf Seiten der EU kündigte die TCCC die Zusammenarbeit mit der Turkey Iraq Investor Business Association

(TIBAA) an, um vor allem den Handel mit dem Nordirak zu fördern.

Im Mai organisierte die Vereinigung der türkisch-zypriotischen Lehrgewerkschaften eine Konferenz zu dem Thema ‚Friedenserziehung‘ unter der Leitung der Organisation ‚Education International‘ und des Europäischen Gewerkschaftskomitee für Bildung (ETUCE). Die Vorsitzenden der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften erklärten, dass die für ursprünglich September 2012 geplante Konferenz aufgrund griechisch-zypriotischer Einwände verschoben werden musste.

Das wichtigste Ereignis im Mai war der Sturz der Regierung und die Durchführung von vorgezogenen Wahlen am 28. Juli 2013. Die Regierung stürzte aufgrund der Vertrauensfrage, die sie nach dem Rücktritt von acht abweichlerischen Abgeordneten der regierenden National Unity Party (UBP) im Parlament stellte. Die acht Abgeordneten traten aus der Partei aus, nachdem der Premierminister versuchte hatte, die Parlamentarier mit Hilfe eines Disziplinarverfahrens aus der Partei auszuschließen.

Seit längerer Zeit schon steckt die UBP in der Krise. Ahmet Kasif, der die Gruppe der acht Abgeordneten anführt, hatte Premierminister Irsen Küçük schon 2012 die Parteiführung während eines Parteitags streitig gemacht, was mit einer rechtlichen Anfechtung der Ergebnisse der Wahl zum Parteivorsitzenden endete. Obwohl Küçük die Wahl zum Parteivorsitzenden nur mit knapper Mehrheit gewann, fand keine Regierungsumbildung statt, wie von Kasif und

seinen Anhängern gefordert worden war. Die Abweichler schlossen einen Pakt mit den Oppositionsparteien mit dem Ziel die Regierung zu stürzen. Küçük war zu diesem Zeitpunkt in New York, um, im Rahmen eines einwöchigen Aufenthalts, für die ‚TRNZ, als Reiseziel während der jährlich stattfindenden türkischen Parade zu werben. Zur gleichen Zeit trafen sich der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan und der amerikanische Präsident im Weißen Haus. Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse lässt darauf schließen, dass Küçük international als der Vertreter der türkischen Zyprioten wahrgenommen werden will anstelle des türkisch-zypriotischen Präsidenten Eroglu. Um dies zu unterstreichen, gab Küçük bei Treffen mit dem türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu und UN Vertretern verschiedene Erklärungen in Bezug auf die Zypernfrage und die ausstehenden Friedensgespräche in Zypern ab. Normalerweise und als Folge der Nichtanerkennung der ‚TRNZ‘ werden die türkischen Zyprioten von dem Präsidenten bei Gesprächen mit der UN als ‚Volksgruppenvertreter‘ repräsentiert.

Kasif und die anderen sieben Abgeordneten wollen mit Serdar Denktas‘ Democrat Party (DP) ein politisches Bündnis eingehen. Die DP ist eine kleinere, rechtsstehende Konkurrenzpartei der UBP.

Vor der internen Krise der UBP, die zum Sturz der Regierung führte, wurde die politische Agenda von der Frage bestimmt, ob und unter welchen Umständen ein von der UN ausgerichtetes Abendessen zwischen den Vertretern der beiden Volksgruppen am

Monatsende stattfinden würde. Eroglu und türkische Diplomaten wollten die UN und andere Politiker dazu bringen, auf Präsident Anastasiades dahingehend einzuwirken, einen Sonderbeauftragten für die Gespräche zu bestimmen, sodass die technische und die das Verfahren betreffende Arbeit beginnen könne. Damit verbunden ist die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme direkter und substantieller Gespräche in der Zypernfrage im Laufe diesen Jahres. Anastasiades konnte sich jedoch durchsetzen und es wurde ein ‚informelles‘ Abendessen abgehalten, was jedoch bedeutet, dass die technischen Fragen noch ausstehen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

07. - 09. Juni 2013

FES Zypern / FES Athen / FES Istanbul

Konferenz und Workshop

Journalisten Seminar

Chateau Status (in der Buffer Zone in der Nähe des Ledra Palace)

Markou Drakou Straße 12, Nicosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



12. Juni 2013 19 Uhr

GOETHE INSTITUT / AUSTRIAN EMBASSY / FES

Talk with book-launch

Remembering History – My always changing and adventurous life between the USA, Austria, Palestine/Israel and Cyprus from 1917 until today - Mrs. Elsie Slonim

Goethe-Institut Cyprus hall (in der Buffer Zone nebem dem Ledra Palace)

Öffentliche Veranstaltung



14.-16. Juni 2013

IKME/BILBAN / FES

Seminar

Cyprus Voice Seminar

Venus Beach Hotel, Paphos, Cyprus

Nicht öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros, Laura Laloire und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com